



Protokoll des Einwohnerrats

XI. Legislaturperiode 2012–2016

13. Sitzung vom 27. Januar 2014

Ort: Kronenmattsaal

Dauer: 19.30–23.30 Uhr

Leitung: Stefan Kaiser

Anwesend: 37 Mitglieder

Entschuldigt: R. Ewald, P. Heiz, P. Treuthardt

Präsident:

Stefan Kaiser

Protokoll:

Sandra Sprecher

Mitteilungen des Präsidenten:

Stefan Kaiser begrüsst die Anwesenden.

Roy Ewald, Peter Heiz und Pascal Treuthardt haben sich für die Sitzung abgemeldet.

Es sind 37 Einwohnerrätinnen und -räte anwesend. Absolutes Mehr: 19; Qualifiziertes Mehr: 25.

Stefan Kaiser gibt den Rücktritt der Einwohnerrätin Bettina Rumpf, FDP, bekannt. Sie rückte am 1.7.2012 für Daniel Nyffenegger, der in den Gemeinderat gewählt worden war, nach und war während ihrer Amtszeit auch Ersatzmitglied der BPK. Ausserdem war sie während vier Jahren Mitglied der Vor-mundschaftsbehörde.

Ihren Platz nimmt Christoph Maier ein, der an dieser Stelle begrüsst wird.

Das Büro des Einwohnerrats hat die Sitzungsdaten für das Jahr 2015 verabschiedet. Diese werden dem-nächst auf der Homepage aufgeschaltet.

Die Anfrage von Thomas Hafner wird am Schluss der Sitzung durch den Gemeinderat beantwortet.

Neu eingereichte Vorstösse

- Postulat S. Inäbnit, FDP: Einsitznahme von Exekutivmitgliedern und Verwaltungsange-hörigen in Institutionen – Regelungen zu Entschädigung, Transparenz und Berichterstattung 97
- Anfrage Th. Hafner, CVP: Tor zu Binningen 98
- Interpellation D. Zimmermann, FDP: Senkung der TV-Empfangsgebühren Kabelnetz InterGGA Binningen 99
- Motion SP: Liegenschaftskonzept 100
- Motion GRPK: Abschaffung WoV 101
- Postulat R. Bänziger, Grüne/EVP: „Urban Farming“ in Binningen 102

Gaida Löhr zur Motion Liegenschaftskonzept: Wenn es Binningen schlecht geht, werden beinahe schon traditionell Liegenschaften (früher auch Baurechtsland) verkauft. So wird nicht nur das Tafelsilber ver-scherbelt, sondern auch langfristig dafür gesorgt, dass es weniger Einnahmen, dafür mehr Ausgaben gibt. Die kürzlich erhaltene Information, dass es in Binningen diverse Liegenschaften gibt, die kaum noch bewohnbar sind und deswegen teilweise leer stehen, findet die SP-Fraktion bedenklich. Diese Liegen-schaften generieren Kosten anstatt Rendite. Beim Lesen alter ER-Protokolle ist die Rednerin auf Passa-gen gestossen, die sie bewogen haben, diese Motion einzureichen:

Mit dem Budget 2008 forderte der Gemeinderat einen Direktbeschluss für die Sanierung eines Flach-dachs, eines Lifts und Badezimmer einer Liegenschaft. Der Einwohnerrat verlangte damals eine separate Vorlage, die Gaida Löhr in den Protokollen der letzten fünf Jahre jedoch nicht finden konnte. Die Sanie-rung wurde also nicht weiter verfolgt und jetzt wird darüber diskutiert, dass genau diese Liegenschaft verkauft werden soll. Auch wenn der frühere Gemeinderat zuständig war, tönt das alles für Gaida Löhr planlos. Deswegen verlangt die SP jetzt ein Konzept. Sie stellt sich eine Art Inventar vor:

- Welche Liegenschaften besitzt die Gemeinde
- Wie sollen sie genutzt werden: Sozialwohnungen, Genossenschaftswohnungen, Dienstwohnungen, Asylunterkünfte etc.

Ausserdem wird ein Sanierungsplan gefordert, damit nicht weiterhin Geld verschwendet wird, indem man Wohnraum verkommen lässt.

Mike Keller: Der Gemeindepräsident erinnert die Einwohnerrätinnen und -räte daran, dass sie vom Ge-meinderat darüber informiert wurden, dass er mit der Verwaltung daran ist, ein Liegenschaftskonzept

zu erarbeiten, das die Forderungen dieser Motion erfüllen wird. Das wurde auch in den Kommissionen besprochen. Den Gemeindepräsidenten befremdet, dass Gaida Löhr diese Motion mit Informationen, die in einem anderen Zusammenhang diskutiert wurden, aufbereitet hat.

Eduard Rietmann, CVP/GLP zur Motion Abschaffung WoV: Der Grundgedanke von WoV war nichts anderes als eine Vollkostenrechnung zu erstellen. Es werden Kostenstellen/Kostenträger gebildet und über diese beiden Zahlen sollte der Betrieb gesteuert werden. In Binningen steuert die Verwaltung ihre Einnahmen und Ausgaben über einzelne Buchhaltungskonti. Dank des feingliedrigen Kontenplans lässt sich dieses Vorgehen durchaus rechtfertigen. Die Umbuchung der einzelnen Leistungsbezüge und Belastungen innerhalb der Verwaltung wird ausschliesslich für die Rechnung und das Budget zuhanden des Einwohnerrats erstellt. Laut Aussagen von beteiligten Personen werden jeweils 100 bis 120 Stunden für diese Darstellung aufgewendet. Die GRPK kam zum Schluss, dass ihr die normale Rechnungslegung genügen würde und deshalb darüber diskutiert werden sollte, ob WoV abgeschafft werden soll. Die Abschaffung der Globalbudgets steht aber nicht zur Diskussion.

Stefan Kaiser liest das von den Grüne/EVP eingereichte Postulat „Urban Farming“ vor, da es für die Sitzung nicht mehr kopiert werden konnte.

Jürg Humbel bittet die Rätinnen und Räte angesichts der zahlreichen Abstimmungen, die zu erwarten sind, sich jeweils bei ihm per Handzeichen an- und abzumelden, wenn sie den Saal temporär verlassen.

Traktandenliste

Geschäft Nr.

1. Genehmigung des Protokolls vom 9.12.2013
2. Zusatzbericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.1.2014:
Budget 2014, Finanzplan 2015–2018 inkl. Leistungsaufträge **90**
Geschäftskreisführung: Mike Keller
3. Zweiter Bericht der Bau- und Planungskommission vom 28.11.2013:
Bewilligung einer Investitionsausgabe für Strassenbau und Abwasserleitungsbau an der Winterhalde **33**
Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos
4. Bericht / Antrag des Gemeinderats vom 7.1.2014:
Interpellation R. Moll, parteilos: Margarethenstich **81**
Geschäftskreisführung: Urs-Peter Moos
5. Diversa

Genehmigung des Protokolls vom 9.12.2013

Das Protokoll wird mit folgender, von Markus Ziegler beantragten Änderung genehmigt:

„Es resultiert ein Verlust, obwohl der Gemeinderat eine Steuererhöhung von 6,5 Prozent auf 49 % beantragt.“

Das Büro schlägt vor, noch vor der Budgetdebatte Ersatzwahlen eines Ersatzmitglieds in der Bau- und Planungskommission durchzuführen. Es kommt dabei zu einer Mutation: Sven Inäbnit, bisher Ersatzmitglied der GRPK, wechselt als Ersatzmitglied in die BPK und Christoph Maier übernimmt S. Inäbnits Amt in der GRPK.

BESCHLÜSSE

1.a **Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds in die Bau- und Planungskommission**

für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016

://: Für die restliche Amtsperiode wird Sven Inäbnit, FDP, in die Bau- und Planungskommission gewählt.

1.b **Ersatzwahl eines Ersatzmitglieds in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission**

für die restliche Amtsperiode bis 30.6.2016

://: Für die restliche Amtsperiode wird Christoph Daniel Maier, FDP, in die Geschäfts- und Rechnungsprüfungskommission gewählt.

Budget 2014, Finanzplan 2015–2018 inkl. Leistungsaufträge

Stefan Kaiser: Um die Debatte angesichts der zu erwartenden zahlreichen Anträge möglichst schlank zu gestalten, unterbreitet das ER-Büro den folgenden Vorschlag: Es liegen die in einer Zusatzsitzung von der GRPK erarbeitete Zusammenfassung der Sparanträge sowie Teil IV, Anträge (Variante GRPK 15.1.2014) vor. Diese sollen als Diskussionsbasis dienen.

Christoph Anliker, SVP, möchte dem Rat beliebt machen, mit der Variante 3 (Zusatzbericht Gemeinderat 7.1.2014) zu arbeiten, da diese schon länger vorliegt und somit bekannter ist.

Eduard Rietmann, (in seiner Funktion als Präsident der GRPK): Die GRPK wollte an der Sitzung vom 15. Januar die Aufgaben für das Jahr 2014 festlegen. Am 14. Januar erhielt der Einwohnerrat die Unterlagen für die heutige Sitzung. Die GRPK hatte also keine Möglichkeit mehr, im Vorfeld einen Bericht zu schreiben. Nach längerer Diskussion war eine Mehrheit der Kommission dafür, diese vierte Variante zu erarbeiten und vorzulegen. Es ist klar, dass dieses Vorgehen keine Rechtsgrundlage hat, da der Bericht und somit die Vorschläge der GRPK mit der Einladung hätten verschickt werden müssen. Trotzdem bittet Eduard Rietmann den Rat, dem Vorschlag des Präsidenten und des Büros zu folgen, damit all die hier zusammengefassten Anträge nicht als Einzelanträge gebracht werden müssen.

ABSTIMMUNG GRPK-Vorschlag als Grundlage
Grossmehrheitlich angenommen

EINTRETEN

Markus Ziegler, FDP, ruft die Beschlüsse der Dezember-Sitzung in Erinnerung:

– Das Budget 2014 wird zur Überarbeitung an den Gemeinderat zurückgewiesen. Das Ziel sollte sein, ein Budget 2014 vorzulegen, das bei einer Steuererhöhung von max. 3 % mit einer schwarzen Null abschliesst.

– Der Gemeinderat legt dem Einwohnerrat dazu Budgetvarianten mit unterschiedlichen Ausgabenreduktionen und unterschiedlichen Erhöhungen des Steuerfusses, jedoch maximal 3%-Punkte, vor. Mindestens eine Variante muss eine schwarze Null beinhalten.

Heute liegt ein Budget vor, das weder unterschiedliche Steuererhöhungen noch eine schwarze Null aufweist. Der Gemeinderat hat seine Hausaufgaben nicht gemacht. Die FDP stellt fest, dass der Gemeinderat den Binninger Finanzhaushalt einseitig zulasten des Steuerzahlers sanieren will. Dies, obwohl (wie auch von der GRPK festgestellt) das Problem eindeutig auf der Ausgabenseite zu orten ist. Der Aufwand der Globalbudgets wuchs in den letzten vier Jahren um 20 Prozent oder zehn Millionen Franken an. In derselben Zeitperiode stiegen die Steuereinnahmen um 4 Prozent an. Dies zeigt deutlich, auf welcher Seite etwas schief läuft. Binningen hat in den fetten Jahren auf (zu) grossem Fuss gelebt, wofür der Gemeinde- wie auch der Einwohnerrat die Verantwortung tragen. An der Sitzung zur Rechnung 2012 teilte der GR dem ER mit, dass sich bereits Arbeitsgruppen mit dem Problem befassen und mit dem Budget 2014 konkrete Massnahmen auf dem Tisch liegen werden. Leider beinhaltet dieses Budget keine einzige Massnahme. Auf der Einnahmenseite bestätigt sich der Eindruck vom letzten Mal, dass sich der Gemeinderat auf einem kompletten Blindflug befindet. Er kann keine Aussagen über Einnahmeprognosen machen; anstelle einer soliden Analyse gibt es nur Allgemeinplätze. Man weiss heute immer noch nicht, ob der einmalige Einbruch bei den Steuereinnahmen temporär oder persistent ist.

Angesichts der Unlust des Gemeinderats, substanzielle Sparvorschläge zu unterbreiten und der Tatsache, dass sich die Gemeinde unter anderem durch die Umstellung auf das neue Rechnungslegungsmodell in einem Übergangsjahr befindet, lehnt die FDP eine Steuererhöhung um 6,5 Prozent ab. Den Streichungsanträgen der GRPK stimmt die Fraktion mehrheitlich zu. Einzig beim Liegenschaftsverkauf hat sie Zweifel, weil der Liegenschaftsverkauf keine Sparmassnahme, sondern eine Cash-Generierung der Kasse ist. Die FDP hofft, dass die vom Gemeindepräsidenten erwähnte Liegenschaftsstrategie bald in den Rat kommt. Die Fraktion sperrt sich nicht gegen den Verkauf, ist jedoch der Meinung, dass jetzt nicht der richtige Zeitpunkt dafür ist.

Da es nicht nur hausgemachte, sondern auch übergeordnete finanzpolitische Themen gibt (Sanierung PK, Finanzausgleich), fordert Markus Ziegler den GR auf, weiterhin mit allen Kräften die Interessen Binningens gegenüber dem Kanton zu verteidigen.

Gaida Löhr, SP, beginnt mit einem Zitat aus dem Brockhaus: „Politik ist planmässiges, organisiertes, sinnorientiertes, soziales Handeln, das beharrlich auf die Schaffung, Erhaltung oder Veränderung der gesellschaftlichen Ordnung hinwirkt.“ Sie findet es beruhigend, dass dort Politik nicht als Schaffung und Erhalt des tiefsten Steuerfusses für die eigene Gemeinde definiert wird. Die bürgerliche Rechtsmehrheit scheint dies anders zu sehen, denn seitdem das Budget vorliegt, fordert sie stur eine schwarze Null. Der Gemeinderat soll sparen. Die Mehrheit der Ausgaben wurde vom Einwohnerrat per Auftrag an den Gemeinderat beschlossen. Von den Bürgerlichen kamen nur sehr wenig konkrete Sparvorschläge, dafür immer wieder pauschale Forderungen.

Die SP stimmte dem Budget bereits im Dezember zu. Aus ihrer Sicht ist die Finanzmisere nicht durch exzessive Ausgaben – weder durch den Einwohnerrat noch durch den Gemeinderat – verschuldet. In den letzten Jahren profitierte Binningen von seinen guten Steuerzahlern. Jetzt muss akzeptiert werden, dass diese Einnahmen um rund sieben Millionen zurückgehen. Auch wenn die Zahlen nicht durch mehrjährige Erfahrungswerte belegt sind, ist davon auszugehen, dass Pensionierte nächstes Jahr nicht wieder arbeiten werden.

Auf der Ausgabenseite steht die Ausfinanzierung der Pensionskasse, die nicht budgetrelevant ist, weil sie erst im 2015 kommt. Trotzdem muss man den anstehenden Betrag von 30 Millionen jetzt schon im

Auge haben, denn egal, ob in Raten bezahlt, ein Kredit aufgenommen oder die Schuld buchhalterisch durch Aufwertung der Liegenschaften ausgeglichen wird – bezahlt werden muss auf jeden Fall. Dazu kommen zusätzliche, wiederkehrende, nicht durch die Gemeinde steuerbare Ausgaben. Zum Beispiel HARMOS: Ein Jahr länger Primaschule bedeutet ab in ca. drei Jahren 20 Prozent mehr Ausgaben. Bei den Pflegekosten beginnen die Mehrausgaben bereits jetzt.

Alle diese Punkte ergeben irgendwann ein Riesen-Defizit, das unmöglich durch reines Sparen ausgeglichen werden kann. Der Gemeinderat schlägt übrigens nicht nur eine Steuererhöhung vor, sondern eine Aufteilung in drei Bereiche: Steuererhöhung, Sparen und das Defizit durch das Vermögen decken. Das scheint der SP vernünftig. Es ist auch nicht richtig, dass der GR nicht versuchte zu sparen. In einer zweiten Runde wurde das Budget um immerhin 4,5 Millionen heruntergefahren. Danach sparte die GRPK, über Weihnachten nochmals der Gemeinderat (nicht so viel wie verlangt) und am 15. Januar erneut die GRPK. Gaida Löhr ist auch der Meinung, dass noch mehr gespart werden kann, doch dann muss sich der Einwohnerrat darüber einigen – und ob dann am selben Ort gespart werden will, wird sich zeigen. Die SP dankt dem Gemeinderat und der Verwaltung für die grosse und seriöse Arbeit.

Zum Steuerfuss: Er wurde vor 20 Jahren wegen einer ähnlichen Finanzmisere auf 56 % erhöht. Danach wurde Baurechtsland verkauft und die Steuern wieder gesenkt. Am 8.6.2005 beantragte eine Mehrheit der GRPK mit einer Dringlichen Motion rückwirkend eine Reduktion des Steuerfusses auf 46 %. Im Schlusssatz heisst es: *„Im Rahmen eines flexibleren Steuersatzes gehen die Mitglieder der GRPK allerdings auch davon aus, dass bei erkanntem Bedarf in Zukunft eine Steuererhöhung vorgenommen werden soll.“* Ein Versprechen, das sämtliche bürgerlichen Redner damals auch betonten. Von Sparen war überhaupt nicht die Rede. Die SP verlangte in einem Zusatz: *„Basierend auf der Prognose des SEF wird der Gemeinderat beauftragt, dem Budget 2008 wieder den Steuerfuss von 48 Prozent zugrunde zu legen.“*, was der Gemeinderat auch tat. Die SP und die Grünen stimmten dem Steuerfuss von 48 % zu, doch reichten (zum Erstaunen der Rednerin) 22 Prozent, um den Steuersatz wieder auf 46 % hinunter zu drücken. In den folgenden Jahren zeigten die Finanzpläne (im Gegensatz zu den hervorragenden Abschlüssen), dass die Zukunftsaussichten nicht nur rosig sind. Aus diesem Grund wurden 2009 die KAP-Massnahmen beschlossen (Kommunale Aufgabenplanung mit dem Ziel, Steuern zu sparen). Damals argumentierte die FDP: *„Diese Massnahmen sind notwendig, wenn Binningen weiterhin zu den steuergünstigsten Gemeinden gehören will.“* Die Zielsetzung der FDP hatte sich also verändert: Sie wollte keinen flexiblen Steuerfuss mehr, sondern den Status als steuergünstigste Gemeinde wahren. Die beschlossenen KAP-Massnahmen wirkten sich vor allem im Sozialbereich, im Schulwesen, bei älteren Menschen und den Verwaltungsangestellten der Gemeinde aus.

Fazit: Vor acht Jahren war die FDP Verfechterin eines flexiblen Steuerfusses, heute möchte sie lieber abwarten, ob vielleicht ein Wunder geschieht, Geld fliesst und es keine Ausgaben mehr gibt. Gaida Löhr ist der Meinung, dass der Bedarf zur Steuererhöhung bei 4 Millionen Defizit und absehbaren, nicht steuerbaren hohen Ausgaben deutlich gegeben ist. Sie bittet die Bürgerlichen, sich nochmals zu überlegen, ob sie ihr damaliges Versprechen nicht doch einhalten wollen. Die SP ist nicht bereit, ein Budget ohne Steuererhöhung zu verabschieden.

Christoph Anliker, SVP: Sein erster Gedanke zum revidierten Budget war, es wieder zurückzuweisen, weil der Gemeinderat seine Aufgaben nicht zu 100 % erfüllt hat. Doch man ist nun an einem Punkt, an dem zielführend gearbeitet und nach vorne geschaut werden muss. Deswegen tritt die SVP auf das Budget ein und wird es auch verabschieden. Allerdings ist für sie ganz klar, dass der Steuerfuss bei 46 Prozent bleiben muss. Die Gründe: 1. Binningen verfügt über knapp 10 Millionen Franken Eigenkapital. Ein möglicher Verlust im 2013, wie auch ein möglicher Verlust im 2014 wären abgedeckt und es bliebe immer noch Eigenkapital übrig. Es steht nirgends geschrieben, dass eine Gemeinde Eigenkapital besitzen muss.

2. Durch die Aufwertungsreserven aus den Liegenschaften und Grundstücken durch das neue Rechnungslegungsmodell kann die Pensionskasse ausfinanziert werden. Wie im revidierten Budget zu lesen ist, gibt es auch einiges an Stillen Reserven. Diese zwei Punkte zeigen, dass es jetzt nicht Zeit für eine Steuererhöhung ist. Nicht zu vergessen ist, dass es um ein schlechtes Jahr geht. All die Jahre, in denen

die Rechnung trotz schlechter Prognose dank verspäteter Steuereinnahmen in Millionenhöhe gut abschloss, werden hier einfach ausgeblendet. Wer weiss, ob nicht auch dieses Jahr wieder ein paar Millionen auftauchen – man ist im Blindflug. Der Gemeinderat wurde oft kritisiert und Christoph Anliker ist gespannt, welche Vorschläge dem Einwohnerrat im Mai vorgelegt werden. Nun gilt es, dem Gemeinderat eine Chance zu geben. Die SVP erachtet den Steuerfuss von 46 % als legitim, ist mit den jetzigen Sparvorschlägen des GR einverstanden und bereit, die Vorschläge der GRPK zu Punkt 26 und 27 der Synopse zu unterstützen.

Anand Jagtap: Die Grüne/EVP wies das Budget aus zwei Gründen zurück. Erstens war es ihr wichtig, dass der Gemeinderat die verpasste Chance in der Vorberatung, zusätzliche Sparvorschläge zu bringen, wahrnimmt. Zweitens war der Fraktion wichtig, dass der Gemeinderat in der Pflicht bleibt, denn nur er kann zusammen mit der Verwaltung zusätzliche Sparmassnahmen ausarbeiten und vorlegen. Nach Sichtung des revidierten Budgets war klar, dass der GR die angebotene zweite Chance nicht genutzt hat. Über 11 Seiten (der Hälfte des Zusatzberichts) rechtfertigt er sich und legt dar, warum er nicht anders handeln kann, macht sich zum Schluss Gedanken über die Rechtmässigkeit der Budgetrückweisung und weist den Einwohnerrat zurecht. Für die Grüne/EVP ist dieser Bericht zu sehr rückwärtsgewandt; er enthält zu viel Vergangenheit und zu wenig Zukunft. Die Partei erwartet vom Gemeinderat eine zukunftsorientierte Politik. Politik ist die Kunst, Mehrheiten zu schaffen. Mit seinem revidierten Budget trägt der GR nicht viel dazu bei.

Vielleicht ist es vom GR verantwortungsvoll, weiterhin auf seinem Budget zu beharren und entgegen dem Willen des Einwohnerrats keine Varianten mit anderen Steuersätzen zu präsentieren. Doch vielleicht wäre es aus Gesamtsicht verantwortungsvoller gewesen, Lösungen zu präsentieren, die Mehrheiten finden.

Auf den restlichen Seiten des Zusatzberichts gibt es nicht viel Neues zu lesen. Die Sparmassnahmen bewegen sich auf dem bekannten Niveau. Aus diesem Grund unterstützt die Grüne/EVP die Zusammenstellung der GRPK mit den zusätzlichen Sparvorschlägen. Ausserdem beantragt sie eine zusätzliche Entlastung des Budgets um eine halbe Million beim Produkt Gemeindestrassen. Wie die Verwaltung in ihrer Stellungnahme zu den Sparvorschlägen und den Fragen der GRPK vom 15.1. ausführt, schliesst die Rechnung in der Regel unter dem budgetierten Betrag ab. Diesen Effizienzgewinn gilt es im Sinne einer verstärkten Ausgabendisziplin abzuschöpfen.

Auch die Grüne/EVP ist für eine Steuererhöhung. Die Gemeinde ist auf ein gewisses Eigenkapital angewiesen. Ein Grund dafür sind die kommenden Investitionen, ein zweiter ist die Neudefinition der Neuverschuldungsbremse des Artikels 41 der Gemeindeordnung. Um diese vorzunehmen braucht es Eigenkapital. Es geht darum, sich durch eine starke Minderung des Eigenkapitals nicht die Zukunft zu verbauen und Anand Jagtap bittet die Bürgerlichen, sich nochmals zu überlegen, ob sie nicht doch einer Steuererhöhung zustimmen können.

Eduard Rietmann, spricht jetzt als Vertreter der CVP/GLP-Fraktion, die auch enttäuscht ist, dass der Gemeinderat in seinem Zusatzbericht den Voten des Einwohnerrats nicht entgegenkam. Das Einsparen von 2,3 Millionen plus die Steuererhöhung hätte eine schwarze Null ergeben. Wie von verschiedener Seite erwähnt, bedeuten nicht alle Darstellungen des Gemeinderats Sparen – das Auflösen von Reserven ist kein Sparen.

Eine Korrektur zu den Aussagen der SP: Die Mehrheit der Ausgaben wurde nicht im Einwohnerrat beschlossen, sondern wird vom Kanton und anderen Seiten auferlegt (z.B. 12 Mio. Finanzausgleich).

Leider kann die CVP/GLP aufgrund der vorliegenden Informationen nicht beurteilen, warum die Vorgaben des ER vom Gemeinderat nicht aufgegriffen wurden. Lag es daran, dass Binningen noch zu viel Eigenkapital hat, dass mit der Steuererhöhung um 3%-Punkte wieder genügend flüssige Mittel zur Verfügung stehen oder dass die Situation als nicht kritisch beurteilt wird? Für die Fraktion ist der Wille zu einschneidendem Sparen nicht spürbar; für sie macht der Zusatzbericht den Eindruck von Budgetkosmetik.

Aus finanzpolitischen Gründen ist ein Verlust im 2013 und 2014 dank rund 10 Millionen Eigenkapital verkraftbar. Dies allerdings unter der Optik, dass die Ausfinanzierung der PK nicht berücksichtigt werden muss. Auch die CVP/GLP ist der Meinung, dass Steuern nicht unbedingt auf Vorrat erhöht werden müssen.

Die Fraktion unterstützt die meisten Sparvorschläge der GRPK, stimmt aber einer Steuererhöhung von 3%-Punkten nicht zu. Sie bedauert, dass heute noch keine Informationen über das Jahr 2013 vorliegen, die eine Entscheidung erleichtern würden. Die CVP/GLP erwartet vom Gemeinderat und der Verwaltung, dass sie mit den zur Verfügung stehenden Mitteln auskommen. Die Fraktion ist in Zukunft bereit, eine moderate Steuererhöhung mitzutragen, aber sie will dafür eine Kostentransparenz. Welche Zahlen Binningen beeinflussen kann und welche nicht, kann heute noch immer nicht genau beurteilt werden.

Die CVP/GLP-Fraktion stimmt im grossen Ganzen dem Budget mit den Änderungen zu. Sie ist der Meinung, dass die Verwaltung jetzt wieder in den ordentlichen Betrieb gehen soll. Die Steuererhöhung wird abgelehnt.

Noch ein Wort zum Finanzausgleich, der die Gemeinde wie erwähnt zwölf Millionen kostet: Die Fraktion erwartet von den Binninger und Bottminger Landrät/innen (und dem Binninger Gemeinderat), dass sie unabhängig von ihrer Parteizugehörigkeit in Liestal den nötigen Druck machen, damit der Finanzausgleich möglichst rasch auf eine vernünftige Basis gestellt wird.

Stefan Glaser bedankt sich im Namen der *Parteilosen* beim Gemeinderat und der GRPK für ihre Arbeit. Die Parteilosen können sich mit dem Vorschlag Variante 3 – allerdings mit Einschränkungen zur Eigenkapitaldeckung und Verkauf Liegenschaften – einverstanden erklären. Sie finden es bedenklich, dass die GRPK im Bericht vom 15. Januar einen Teil WBA-Erlös zur Deckung des Defizits einsetzt und nun auf der Beratungssynopse das Eigenkapital dafür eingesetzt wird.

Zur Position Liegenschaften ist Folgendes zu bemerken: Alle wissen, dass ein Verkauf von eigenem Grund und Boden nur im äussersten Notfall vorzunehmen ist. Es ist nicht definiert, um welche Liegenschaften es sich handelt und der Betrag von CHF 500 000 sagt überhaupt nichts aus. Es liegen weder eine konkrete Liegenschaftsrechnung noch allenfalls notwendige Sanierungspläne vor. So pauschal können die Parteilosen über diesen Betrag nicht befinden. Zudem handelt es sich in diesem Fall nicht um einen Notfall, da die Gemeinde 2,6 Millionen aus dem Verkauf WBA hat. Mit diesem Geld können mit den bestehenden Liegenschaften höhere Zinserträge erwirtschaftet werden als wenn es brach liegt. Selbst wenn anstelle des Liegenschaftsverkaufs noch zusätzlich eine halbe Million aus diesem Fonds abgezweigt wird, bleiben immer noch 1,3 Millionen übrig. Genügend, um für erneuerbare Energie eingesetzt zu werden – zumal momentan noch keine Pläne für die Verwendung des WBA-Fonds vorhanden sind.

Carole von Ins, parteilos (SP), ist besorgt und fragt sich, ob die Kolleginnen und Kollegen, die sich gegen eine Steuererhöhung aussprechen, hier sind, um Binningen eine gute Zukunft zu sichern. Oder möchten sie keine Entscheidungen treffen, die eventuell kurzfristig nicht so populär sind? Wenn die Steuern nicht erhöht werden, muss auf das Eigenkapital zurückgegriffen werden. Unternehmerisch gesehen sollte das Eigenkapital nicht zur Deckung von laufenden Kosten benutzt werden, sondern für grössere Projekte, um neue Dienstleistungen anzubieten, um die Infrastruktur zu verbessern.... Kurz: Um sich weiterzuentwickeln. Der Einsatz von Eigenkapital sollte eine ausserordentliche Massnahme sein.

Bei den Städte-Ratings geht es um die Frage, welche Faktoren ausmachen, dass sich Neuzuzüger in einer bestimmten Gemeinde niederlassen. Natürlich spielt der Steuerfuss eine Rolle, doch wichtiger dürften die Infrastruktur, die Freizeitmöglichkeiten, kulturelle Angebote, gute Schulen, Kinderbetreuung etc. sein.

Sind die Anwesenden, die gegen eine Steuererhöhung stimmen in fünf, sechs Jahren bereit, in diesem Saal den Binninger Bürgern zu erklären, warum sich die hochqualitative Gemeinde in eine Schlafstadt verwandelt hat? Carole von Ins bittet darum, das nochmals zu überdenken.

CVP/GLP, Eduard Rietmann stellt richtig, dass die GRPK nie unterstützt hat, Gelder aus dem WBA-Fonds ins Budget aufzunehmen. Der Einwohnerratsbeschluss sagt ganz klar, wofür die Gelder verwendet werden müssen.

Der Redner gibt seiner Vorrednerin Recht: Eigenkapital sollte nicht zur Deckung von laufenden Kosten eingesetzt werden. Ihn erstaunt, dass man diese Erkenntnis nicht bereits im Laufe des Jahres 2013 hatte, denn genau das liegt vor. Es wurden 2,3 Millionen mit dem Eigenkapital gedeckt. Für das Votum von Carole von Ins ist es also etwas spät.

Christoph Anliker, SVP: Die Gedanken zum Eigenkapital aus unternehmerischer Sicht sind ein Ansatz, doch ist die Gemeinde kein Unternehmen in der Privatwirtschaft sondern ein Staatsapparat. Das Eigenkapital der Gemeinde sind zurückbehaltene Steuereinnahmen. Deshalb ist es legitim, das Geld, das dem Steuerzahler bereits abverlangt wurde, für eine Krisensituation einzusetzen.

Alexander Huber, CVP/GLP, gesteht, dass er wegen des niedrigen Steuerfusses nach Binningen gezogen ist. Doch ist das bei Weitem nicht der einzige Grund, warum es ihm hier gefällt. Er findet es bedenklich, dass der Gemeinderat trotz den Aufträgen des Einwohnerrats seine Haltung nicht geändert und substanzielle Sparvorschläge vorgelegt hat. Am Schluss bleibt, dass bei den sozialen Anlässen (Bundesfeier, Neujahrsapéro) gespart wird, mehr Bussengelder eingenommen werden und die Steuern erhöht werden sollen, anstatt dass man sich ernsthaft Gedanken darüber macht, wo substanzial gespart werden kann. Damit tut sich Alexander Huber schwer und er kann einer Steuererhöhung beim besten Willen nicht zustimmen, wenn es auf der einen Seite keine Bewegung gibt und nur „Pflasterli-Politik“ betrieben wird.

FDP, Markus Ziegler ging es am heutigen Abend zu oft um Buchungssätze, dabei handelt es sich hier um eine politische Debatte. Wie er im Dezember bereits sagte, ist die FDP-Fraktion nicht grundsätzlich gegen eine Steuererhöhung. Sie hat die Lage analysiert und leider gibt es vom Gemeinderat keinerlei Signal für Sparbemühungen in irgendeine Richtung. Wie auch schon erwähnt, wünscht sich die FDP eine Opfersymmetrie, sprich Einsparpotenzial auf der Ausgabenseite realisieren. Die Ausgabenseite stieg in den letzten vier Jahren um 20 Prozent, die Einnahmenseite um vier Prozent. Wenn diese Symmetrie hergestellt würde, liesse die Fraktion mit sich reden.

Die Voten der Gegenseite erwecken den Eindruck, Binningen werde an die Wand gefahren, wenn dem Gemeinderat heute nicht möglichst viele Steuergelder vor die Füße geworfen werden. Dem ist nicht so. Es gilt, fair zu sein, denn wie Christoph Anliker schon erwähnt hat, wurden den Steuerzahlenden über Jahre zu viel Geld abgenommen. Dieses Geld wurde in Vorfinanzierungen gesteckt und damit hatte man fixfertig finanzierte Projekte auf dem Tisch. In diesem Übergangsjahr muss zusammen nach konstruktiven Lösungen gesucht werden und auch der Gemeinderat muss dort, wo es am meisten brennt, Lösungen finden. Er hat signalisiert, dass er dazu willens ist. Da er das Budget heute Abend wohl bekommen wird, wird er beim Wort genommen.

Peter Buess, Grüne/EVP, staunt darüber, dass Kollegen, welche die Regeln der konservativen Finanzpolitik kennen, nun genau das angreifen wollen, was bei einer konservativen Finanzpolitik geschützt wird – nämlich die Liquidität. Die Liquidität ist der Rettungsfallschirm. Jetzt soll dieser Rettungsschirm als erstes aufgemacht werden. Peter Buess ist der Meinung, dass das Eigenkapital als Liquidität geschützt werden soll und die Steuern erhöht werden sollen. Dann soll Spardruck gemacht werden. Er vergleicht die beiden Szenarien mit einem Fall aus unterschiedlicher Höhe, mit und ohne Gurt oder Airbag.

Rahel Bänziger, Grüne/EVP: Die Vize-Präsidentin dankt dem Präsidenten für die Worterteilung, denn eigentlich müsste sie sich aus der Debatte halten.

Sie hat einerseits Verständnis für die bürgerliche Seite, weil Sparbemühungen seitens des Gemeinderats tatsächlich schwer erkennbar sind. Andererseits kann sie das Wort Opfersymmetrie nicht mehr hören. Als das erste Mal über eine Steuererhöhung gesprochen wurde, wurden die KAP-Massnahmen durchgeführt, die wehgetan haben. Damals war man bereits Opfer. Die Fraktion erklärte sich damit einverstan-

den, weil sie das Gefühl hatte, es sei nötig. Sie stimmte zu, trotz dem Versprechen der Bürgerlichen, Hand zu bieten, wenn eine Steuererhöhung nötig wird, wenn die Linke zuerst hilft, die Steuersenkung durchzubringen. Das Problem ist nun, das begonnen wird über die Definition von „was ist nötig“ zu diskutieren. Dabei ist klar absehbar, dass Binningen auf eine Steuererhöhung zugeht. Eventuell kann noch darüber diskutiert werden, wie hoch sie ausfallen soll.

Die Grüne/EVP erwartet nun die Opfersymmetrie von der bürgerlichen Seite. Die schmerzhaften KAP-Massnahmen wurden durchgeführt, jetzt muss auf der anderen Seite etwas passieren. Es soll nicht nur eine Steuererhöhung geben, doch sie ist ein Teil. Der andere Teil sind Sparmassnahmen, die etwas mehr sind, als nur ein Feuerwerk zu streichen. Dazu hat die Fraktion einen konstruktiven Vorschlag, mit dem 500 000 Franken gespart werden können.

Rahel Bänziger plädiert dafür, dass sich alle zusammenraufen und dass andere Sparmassnahmen angeschaut werden, allerdings auf der Basis einer realistischen Steuererhöhung.

Während der vorgebrachten Voten hat sich *Gemeindepräsident Mike Keller* überlegt, ob die Einwohner-rät/innen den Puls der rund 15 000 Einwohner/innen von Binningen spüren. Der Gemeinderat hat aufgezeigt, dass in den nächsten Jahren zwischen fünf und sieben Millionen Franken fehlen werden, wenn nichts gemacht wird. Mike Keller möchte nun gerne vom Einwohnerrat wissen, wie fünf bis sieben Millionen eingespart werden können.

Binningen hat einen Rückgang bei den Steuereinnahmen und Ausgaben, die sich laufend erhöhen – mehr fremd- als eigenbestimmt. Der Gemeinderat versuchte mehrmals der GRPK (und später auch dem ER) aufzuzeigen, dass er intensiv an den Sparmassnahmen arbeitet, es aber im Rahmen der Budgetdiskussion nicht möglich war, dies einzubringen. Die Anstrengungen der Gemeinde Binningen, den Finanzhaushalt zu reduzieren, sind aus einem Grund mustergültig: Im Kanton Baselland gibt es praktisch keine andere Gemeinde, die zu diesem Zweck den Kontakt mit den anderen Gemeinden gesucht hat. Binningen ist der Vater der Initiative gegen den Finanzausgleich, wie auch der Pensionskasseninitiative. Mit beiden Massnahmen ist man auf gutem Weg. In einem ersten Schritt wurde beim Finanzausgleich eine Deckelung erreicht und nun ist will man mittels einer Studie herausfinden, wie in einem zweiten Schritt den Vorhaben des Regierungsrates Einhalt geboten werden kann.

Wenn der Landrat bei der Pensionskasse nicht entgegenkommt und kein Kompromiss gefunden werden kann, wird sich Binningen für die Initiative einsetzen und Mike Keller ist davon überzeugt, dass man die Abstimmung gewinnen wird.

Es steht ausser Frage, dass es Einsparungen braucht, doch Binningen ist eine Gemeinde, in der ein gewisser Service public verlangt wird. Sich auf einzelne Sparmassnahmen zu einigen bedeutet lange Debatten und am Schluss kann immer noch das Volk das Referendum dagegen ergreifen. Alle, die bei den KAP-Massnahmen dabei waren, wissen, dass die Aufbereitung und die Behandlung der Geschäfte ein gewaltiger Aufwand war. Trotzdem muss dieser Effort geleistet werden, denn die Steuern können nicht um 6 oder 7 Prozent erhöht werden.

Zur Frage, ob die Steuern jetzt oder später erhöht werden sollen: Bis jetzt gibt es nur die Erfahrung aus der Rechnung 2012, das heisst aber nicht, dass man sich auf einem Blindflug befindet. Gewisse Tendenzen lassen sich über die Einwohnerkontrolle feststellen. Es kann zusammengetragen werden, wer pensioniert wurde, wer wegzog, wer sein Vermögen verschenkt hat oder wer gestorben ist. Auch wenn die Rechnung 2013 etwas besser als erwartet ausfallen sollte, ändert das nichts an der Tatsache, dass sich die Schere weiter öffnet. Wenn die Steuererhöhung verschoben wird, kann das Geld später fehlen. Mike Keller teilt die Meinung, dass mit dem Eigenkapital ein gewisser Spielraum aufgefangen werden kann. Im Vergleich zu anderen Gemeinden des Kantons wäre Binningen auch mit einem Steuerfuss von 49 % attraktiv und die Dienstleistungen, die in Binningen geschätzt werden, könnten weiterhin gewährleistet werden. Die Erhöhung gäbe die Möglichkeit, bei den Einsparungen das Augenmass zu behalten.

Die Verwaltung ist mich Hochdruck dabei, mögliche interne Einsparungen zu orten. Das ist nicht einfach und sehr zeitaufwändig. Es ist ja nicht so, dass die Verwaltung und der Gemeinderat nur das Budget und die Rechnung auf dem Tisch haben. Das zieht das Ganze etwas in die Länge.

Einzelne Punkte, die in der Eintretensdebatte genannt wurden:

Es sollen Lösungen gesucht werden, die im Einwohnerrat eine Mehrheit finden. Damit setzt sich der Gemeinderat durchaus auseinander, doch letztlich hat er eine Verantwortung den Steuerzahlenden von Binningen gegenüber und wenn er nicht hinter der Sache stehen kann, macht er sie auch nicht. Die Einwohnerrät/innen sind die Vorgesetzten des Gemeinderats. Es steht in ihrer Macht, das Ganze zu drehen. Mike Keller hofft auf Verständnis dafür, dass der Gemeinderat nicht von seiner Haltung abweicht, nur damit ein Deal gemacht und eine schöne Lösung gefunden werden kann.

Weiter wurde moniert, es fehle die vollständige Transparenz und Wahrheit über die Kosten. Heute wurde eine Motion für die Abschaffung von WoV eingereicht. Es ist klar, dass dem Einwohnerrat mit WoV nur grobe und oberflächliche Zahlen zur Verfügung stehen und alles andere in den entsprechenden Globalbudgets versorgt ist. Es ist allerdings zu erwähnen, dass die GRPK die Gelegenheit hat, sich ein Bild zu verschaffen. Sie hat Zugang zu diesen Zahlen und kann bei Unsicherheiten oder bei Bedarf nach mehr Information nachfragen. Auch der Gemeinderat will möglichst transparent arbeiten, doch an einem gewissen Punkt sind alle aufeinander angewiesen. Zwischen Einwohnerrat, Gemeinderat und Verwaltung bis hin zur Bevölkerung muss einander ein gewisses Vertrauen entgegengebracht werden. Der Gemeindepräsident glaubt, dass niemand die Motivation hat, die anderen über den Tisch zu ziehen oder etwas zu verstecken. Es wäre für alle Beteiligten eine Überforderung, alles bis ins letzte Detail anzuschauen. Die Transparenz und Wahrheit zu den Kosten ist da. Die Kommissionen können jederzeit punktuell Informationen einfordern.

Mike Keller fordert den Einwohnerrat im Interesse der Gemeinde auf, diesem Budget mit den Vorschlägen der GRPK und der Steuererhöhung über 3 Prozentpunkte zuzustimmen.

Das letzte Votum des Gemeindepräsidenten hat *Roger Moll, parteilos*, dazu bewogen, einen Antrag zu stellen. Finanzpolitik ist eine komplizierte Sache – in der heutigen Situation der Gemeinde Binningen erst recht. Es wurde von Transparenz und Offenlegung von Zahlen gesprochen. Auch WoV wurde erwähnt. Sein Antrag könnte zu Transparenz führen, aber auch zu einer besseren Grundlage für die Entscheidungsfindung zur Optimierung der Situation.

Antrag: Der Gemeinderat legt dem Einwohnerrat bis Ende März eine Zusammenstellung mit folgenden Punkten vor: Vergleich Soll/Haben-Bilanz der einzelnen Produktgruppen und der Leistungszentren der letzten vier Jahre im Detail.

Eine solche Auslegeordnung würde eine Übersicht schaffen, mit deren Hilfe mögliche Optimierungen erkennbar wären. Roger Moll denkt, dass auch Vertrauen geschaffen würde. Als Einzelperson ist es fast unmöglich, solche Informationen aus den Leistungsaufträgen, die im gelben Heft aufgeführt sind, herauszufiltern. Da die Grundlagen in der EDV erfasst sind, wäre der Aufwand für die Verwaltung bedeutend kleiner. Die beantragte Übersicht wäre eine einfachere Entscheidungsgrundlage für das, was in Zukunft wahrscheinlich noch entschieden werden muss.

ABSTIMMUNG Antrag R. Moll
Grossmehrheitlich abgelehnt

DETAILBERATUNG

Gaida Löhr, SP, zum Kapitel 5, Kultur, Freizeit und Sport: In dieser Produktgruppe gibt es zwei Einsparungen, welche die SP nicht überzeugen. 1. Das Jugendhaus soll neu einen Tag weniger geöffnet sein, was mit den Besucherzahlen begründet wird. Diese sind im Jugendhaus seit eh und je wellenförmig.

Wenn man sich in einem Wellental befindet, macht es mehr Sinn, sich zu überlegen, wie wieder Jugendliche angesprochen werden können, anstatt zu beschliessen, das Ganze langsam einschlafen zu lassen. Übrigens ist ein Jugendhaus nicht rentabel, wenn es 10, 20 oder 50 Jugendliche hat, die dort ihre Zeit verbringen. Rentabel ist es, wenn es gelingt, einmal alle zehn Jahre einen Jugendlichen, der in der Pubertät schwerstgefährdet ist, aufzufangen. Dann rentiert ein Jugendhaus menschlich und finanziell. Gaida Löhr bittet die Rät/innen darum, der Streichung von einem Tag Jugendhaus nicht zuzustimmen.

Beim zweiten Antrag geht es um das vom Einwohnerrat erst kürzlich verabschiedete Jugendkonzept und die Info-Card für Jugendliche (eine Motion und ein Postulat der SP). Die beiden Sachen werden nun vom Gemeinderat einfach hinausgeschoben. Es geht um eine Sekretariatsstelle, die scheinbar dafür nötig ist. Die Rednerin bittet darum, einen Entscheid, der vor kaum zwei Jahren getroffen wurde, jetzt nicht still und heimlich über den Haufen zu werfen.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP, erinnert daran, dass das Binninger Jugendleitbild aus dem Jahr 1999 stammt. In der Zwischenzeit änderte das Bildungsgesetz zwei Mal. Die Rednerin bittet darum, das Jugendkonzept raschmöglichst an die Hand zu nehmen, damit sich Binningen mit seinen arg angestaubten Formulierungen aus dem letzten Jahrtausend nicht weiterhin lächerlich macht.

Auf Anfrage rezitiert Gaida Löhr die Textstelle aus dem Finanzplan vom 7.9.2013, S. 14/44: „Der Gemeinderat verzichtet auf die Schaffung einer Sekretariatsstelle im Bereich Freizeit und Kultur. Die Legislaturziele „Erstellung eines Konzepts für kulturelle Vergabungen“ und die „Erarbeitung eines neuen Kinder- und Jugendpolitischen Konzeptes“ (Motion 173) verzögern sich dadurch, ebenso die Prüfung der Einführung einer „Info-Card“ für Jugendliche (Postulat 195).“

Gemeindepräsident Mike Keller erklärt, dass die erwähnten Vorhaben nicht gestrichen werden, sondern dass sie sich nur verzögern. Weil sie sich verzögern, wird die Sekretariatsstelle auch noch nicht geschaffen.

SP: *Simone Abt* ist irritiert. Für ihr Verständnis heisst es im Bericht ganz klar, dass diese Sekretariatsstelle nicht geschaffen wird, weil man darauf verzichtet. Da gibt es nichts falsch zu verstehen.

Mike Keller: Geschrieben steht, dass auf eine Sekretariatsstelle verzichtet wird, die neu geschaffen werden müsste. Im Bericht steht aber nirgends, dass der Gemeinderat die geforderte Aufgabe nicht erfüllen will. Weiter vorne im Bericht, wie auch im Zusatzbericht, wurde versucht, aufzuzeigen, dass beim Personal diverse Anforderungen zurückgestellt werden. Wenn die Aufgaben dereinst klar sind, kann das Personalteam schauen, wie sie angegangen werden können. Nochmals: Es wird keine zusätzliche Stelle geschaffen, was nichts mit der Aufgabenerbringung, sondern mit der Rekrutierung von Personal zu tun hat.

SP: *Gaida Löhr* will genau wissen, was „verzögern“ heisst. Wenn ihr der Gemeindepräsident ganz klar sagt, dass das Kinder- und Jugendpolitische Konzept noch im laufenden Jahr bearbeitet wird, verzichtet sie auf ihren Antrag. Wenn es heisst, es verzögert sich, dann verzichtet sie nicht.

Mike Keller: Es wird nicht 2014, sondern 2015. Die Bearbeitung wird frühestens gegen Ende 2014 stattfinden können und entsprechend wird die Arbeit erst im 2015 vollendet.

Präsident Stefan Kaiser meint, dass Gaida Löhr in diesem Fall einen Antrag auf Schaffung einer Sekretariatsstelle stellen muss.

Gaida Löhr verzichtet auf den Antrag, betont aber nochmals, dass das Konzept noch dieses Jahr angepackt werden soll.

Grüne/EVP, Anand Jagtap kommt beim Produkt Verkehr/Strassen auf seinen Antrag zurück:

„Das Produktbudget 8.02 Gemeindestrassen wird um 500 000 Franken gekürzt. Es sollen dabei vor allem Einsparungen im Bau von neuen Strassen und nicht im sicherheitsrelevanten Unterhalt verwirklicht werden.“

Begründung: Wie die Verwaltung in ihrer Stellungnahme zu den Sparvorschlägen und den Fragen der GRPK vom 15. Januar 2014 ausführt, schliesst die Rechnung in der Regel unter dem budgetierten Betrag ab. Diesen Effizienzgewinn gilt es im Sinne der verstärkten Ausgabedisziplin der Gemeinde Binningen abzuschöpfen.

Gemeindepräsident Mike Keller führt die Rückmeldungen der Verwaltung an:

Beim Strassenunterhalt gibt es keine Position in der Grössenordnung von CHF 500 000.

Es gilt, zu unterscheiden zwischen Globalbudget und Investitionen. Hier spricht man über das Budget und nicht über die Rechnung. Es gibt Faktoren, die nicht beeinflussbar sind, weil sie von Dritten verzögert werden. Die Beträge in den entsprechenden Konti lassen die Streichung dieses Betrags gar nicht zu.

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Hier geht es um einen Budgetbetrag von 1,34 Millionen, bei dem gemäss Antrag der Grüne/EVP-Fraktion 37 Prozent eingespart werden sollen. Dem Gemeinderat ist rätselhaft, wie die entsprechende Abteilung dann überhaupt noch arbeiten soll.

In diesem Bereich gab es in den letzten fünf Jahren keine Mehrausgaben. Die Abteilung VTU arbeitet sehr gut und nimmt Verantwortung wahr. Sie schaut im Laufe des Jahres, wo noch Einsparungen möglich sind und belegt diese dann mit entsprechenden Abrechnungen nicht beim Betrieb, sondern bei den Investitionen.

Der Gemeinderat appelliert an den Einwohnerrat, diesem Kürzungsantrag nicht zuzustimmen.

Antrag Wechselflor: Urs-Peter Moos spricht die Flächen beim Kronenplatz-Kreisel und andere Beete an, die von der Bevölkerung sehr geschätzt werden und eine gute Visitenkarte abgeben. Der Gemeinderat kann sich vorstellen, den Aufwand zu reduzieren. Wenn nicht das Ganze abgeschafft werden soll, erachtet der GR eine Streichung von 20 000 bis 30 000 Franken als verantwortbar.

Christoph Anliker, SVP: Auf S. 19 von 44 (Finanzplan) heisst es: „Die Massnahmen im Langsamverkehr werden weiter umgesetzt.“ Der Redner fragt sich, um welche Massnahmen es sich handelt. Falls es um bauliche Massnahmen in den 30-er-Zonen geht, kann man sich diese sicher sparen.

Christoph Anliker hat eine Idee für eine Einnahmequelle: Die Kantonsstrassen werden vom Kanton gereinigt. Der Werkhof könnte für ein Entgelt die Aufgabe des Kantons übernehmen und die Strassen putzen. Das wäre vor allem im Winter interessant, wenn es bei Schneefall immer lange dauert, bis die Fahrzeuge aus Reinach hier und die Strassen geräumt sind.

Eduard Rietmann, CVP/GLP: Zu dieser Frage sind eine Rückfrage und eine Klarstellung nötig. Wenn man die Zahlen des Voranschlags 2013 und des Budgets 2014 (Leistungsaufträge S. 116/163) anschaut, kommt man auf eine Differenz von 500 000 Franken (abgerechnete Summe/budgetierte Summe). Dies entspricht nicht ganz der Aussage des Gemeinderats.

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Die Fragen wurden am 15. Januar 2014 an die Verwaltung gerichtet, die GRPK ist aber seit Oktober letzten Jahres im Besitz der Budgetunterlagen.

Es gibt den eigentlichen Aufwand und Umlagen Indirekte Kosten, die auch auf diesem Produkt abgebildet werden. Hier werden Dienstleistungen aus anderen Abteilungen für diesen Bereiche erbracht (Querverrechnung). Dort fand eine Kostensteigerung statt. Mit WoV ist es sehr schwierig über Jahre zurückzuverfolgen und nachzuvollziehen, wann und warum solche „Umstrukturierungen“ passiert sind. Der wesentliche Punkt für diese Abteilung ist, wie sich der eigentliche Aufwand entwickelt hat und dieser blieb über die letzten fünf Jahre stabil.

Zur Anregung von Christoph Anliker meint Urs-Peter Moos, dass er für Ideen immer ein offenes Ohr hat und man sich diesen Vorschlag anschauen wird. Nur wird dies im jetzigen Budget nicht mehr abgebildet

werden können.

Grüne/EVP: Anand Jagtap sind zwar die Umlagerungen von 0,6 Millionen klar, doch gibt es immer noch eine Differenz zu den 0,9 Millionen, die ihm überhaupt nicht klar sind. Im Bericht steht ganz klar, dass dies quasi „die Luft“ ist; das was vom budgetierten Betrag zur Rechnung jeweils abweicht. Der Redner kann nicht verstehen, warum jetzt behauptet wird, das sei nicht da. Wenn es in einem Bericht solche Stellen zu lesen gibt, vermittelt das den Eindruck, dass dies die Arbeitsweise der Verwaltung ist. Scheinbar gibt es diese Luft in diversen anderen Produkten auch. Genau das macht ein ungutes Gefühl.

Gemeinderat Urs-Peter Moos ist nicht erfreut darüber, dass diese Diskussion im ER geführt wird, anstatt dass diese Fragen zur richtigen Zeit zwischen der GRPK, dem GR und der Verwaltung geklärt werden. Die budgetierten 1,2/1,3 Millionen sind der Betrieb und haben mit Investitionen nichts zu tun. Es gibt keine Luft und Anand Jagtap kann sich später gerne die detaillierten Zahlen ansehen, die Urs-Peter Moos dabei hat.

FDP: Auch Markus Ziegler ist die Argumentation des GR nicht klar. Dies ist eines der Themen zu denen gesagt werden muss, dass viele Gespräche stattfanden, jedoch keine Signale seitens des Gemeinderats kamen. Dies bestärkt Markus Zieglers Meinung, dass der ER auf dem richtigen Weg ist.

Eduard Rietmann, CVP/GLP: Zu den Sparvorschlägen und Fragen der GRPK vom 15.1. wurden auf folgendermassen Stellung genommen: „Die Rechnung schliesst in der Regel etwas unter dem budgetierten Betrag ab – 5–17 % oder 150 000–400 000 Franken“. Das zeigen auch die vorliegenden Zahlen. Es stellt sich natürlich die Frage, ob der Höchstbetrag budgetiert werden soll oder nicht.

Gemeindepräsident Mike Keller stellt fest, dass es schwierig ist, solche Fragen im Einwohnerrat zu diskutieren.

Was die Verwaltung als Expressmeldung auf die Fragen vom 15. Januar betreffen der halben Million zurückmelden konnte, das wurde gemeldet. Mike Keller betont, dass hier über das Budget gesprochen wird. Die Verwaltung machte den Vergleich zur Rechnung. Die budgetierten Beträge sind nicht willkürlich. Zum Zeitpunkt der Budgetierung geht man von Projekten aus, die sich entwickeln. Wie sie sich entwickeln ist auch von aussen mitbestimmt. Je nachdem konnte ein Projekt im 2014 nicht umgesetzt oder nicht abgeschlossen werden. Durch die Abgrenzungen in der Rechnung gibt es dann Differenzen. Es kann aber sein, dass etwas, das im 2014 nicht gemacht wurde, dann im 2015 im Budget ist. Die Aussage, dass in der Rechnung in der Regel etwas günstiger ausfällt, heisst nicht, dass es Luft gibt.

Markus Ziegler, FDP, ist etwas konsterniert über die Haltung des Gemeinderats im ganzen Prozess. Es wird gemauert, gemauert, gemauert. Solche Beispiele sollten eigentlich dazu führen, dass das Budget zurückgewiesen oder linear gekürzt wird. Das ist der Beweis. Man kann über Jahre zurückverfolgen, dass das Budget jedes Mal höher war als die Rechnung. Jetzt gilt es sich, nach dem zu strecken, das man hat.

SP: Gaida Löhr kann sich für einmal der Aussage von Markus Ziegler anschliessen. Sie tut sich schwer mit dem Vorwurf, dass der Antrag zu spät gekommen sei. Der ganze Prozess war relativ überstürzt. Das Budget lag spät vor, es gab die Budgetrückweisung und einen nicht vollständig überzeugenden Vorschlag des Gemeinderats. Er hat ihre Fraktion einigermassen überzeugt, aber sie kann verstehen, dass die Bürgerlichen, die etwas ganz anderes verlangt haben, nicht nur glücklich sind. Gaida Löhr findet den Antrag der Grünen/EVP gut. Inhaltlich hat sie immer noch nicht gehört, warum das Geld so gesprochen werden muss, sondern sie sieht nur die Differenz die klafft zwischen der Rechnung 2012, 2011 und 2010.

Urs-Peter Moos hat den Eindruck, dass eine Stellvertreterdebatte in seinem Produktebereich geführt wird.

Aufwand 2010: 1,23 Millionen / 2011: 1,26 Millionen / 2012: 1,21 Millionen. Voranschlag 2012: 1,27

Millionen. Budget 2014: 1,34 Millionen. Wo die Steigerungen sein sollen, ist ihm rätselhaft. Wie erwähnt ergab sich der Sprung durch die Umlagen Indirekte Kosten von der Rechnung 2011 auf 2012. Die Abteilung VTU braucht in diesem Bereich die 1,2 Millionen. Wenn hier eine halbe Million gestrichen wird, sind das 37,3 Prozent. Urs-Peter Moos wird jetzt die einzelnen Positionen aufzählen und der Einwohner-rat kann nachher darüber befinden, was hier noch gestrichen werden kann.

Die einzelnen Positionen:

Grundbuchvermessungen: 40 000

Leitungskataster: 15 000

Mutationen Ortsplan: 6 000

Informationssystem GIS: 65 000

Arbeitsloseneinsätze: 90 000

Parkuhren: 30 000

Stromverbrauch Strassenbeleuchtung: 100 000

Winterdienst: 25 000 (kann je nach Winter stark variieren)

Öffentliche Beleuchtung: 14 000

Strassenbau durch Werkhof (Eigenleistung): 47 000

Strassenbau durch Dritte (bei dem Unterhalt erforderlich ist): 266 000

Belagsarbeiten: 95 000

Öffentliche Beleuchtung: 116 000

Strassenreinigung/Muldenabfahren: 137 000

Unterhalt Öffentliche Anlagen und Wege: 127 000

Kanalisationsunterhalt: 53 000

Das ergibt die rund 1,3 Millionen Franken und es gibt definitiv keine Luft hier. Wenn CHF 500 000 gestri-chen werden, können die Angestellten nicht mehr arbeiten.

ABSTIMMUNG Antrag Grüne/EVP: „Das Produktbudget 8.02 Gemeindestrassen wird um 500 000 Fran-ken gekürzt. Es sollen dabei vor allem Einsparungen im Bau von neuen Strassen und nicht im sicher-heitsrelevanten Unterhalt verwirklicht werden.“

Ja: 30 / Nein: 6 / Enthaltungen: 1

Im Folgenden geht es um die Anträge der GRPK vom 15.1.2014 gemäss Beratungssynopse.

– Unterhaltsbudget mit 0,9 % Versicherungswert (-200 000)

Gaida Löhr, SP, hat am heutigen Abend bereits darauf hingewiesen, dass gewisse Liegenschaften schändlich vernachlässigt wurden. Kapitalistische Liegenschaftsbesitzer unterhalten ihre Mehrfamilien-häuser angemessen, da sie eine Rendite anstreben. Die Gemeinde soll zwar nicht Höchstzinsen anstre-ben, doch die Liegenschaften so verlottern zu lassen, dass sie nicht mehr vermietet werden können, ist auch nicht okay.

Gaida Löhr stellt den Antrag, dass die CHF 200 000 im Budget bleiben, dass für den Gebäudeunterhalt also 1 % eingesetzt wird.

Markus Ziegler, FDP: Der Wert für den Gebäudeunterhalt erscheint tatsächlich etwas tief, wenn man vergleicht, was normalerweise dafür aufgewendet wird. Der Unterschied zur Privatperson, die in ihre Liegenschaft 1–1,5 Prozent steckt, ist fundamental: Binningen deklariert Ausgaben über 100 000 Fran-ken als Investitionen. Wenn also eine grössere Sanierung ansteht, wird diese in Binningen aus einer se-paraten Kasse bezahlt und nicht über das Unterhaltskonto abgewickelt. Markus Ziegler erachtet 0,9 Pro-zent als sehr grosszügig, er wäre sogar für eine grössere Reduktion. Ausserdem fände er es falsch, gleich bei der ersten Position den Sparwillen gleich wieder aufzugeben.

Severin Brenneisen, SP: Laut Auskunft des Gemeinderats in der GRPK stehen in Binningen Häuser wegen mangelnden Unterhalts leer. Das ist im Moment die Politik und das will die SP-Fraktion nicht.

ABSTIMMUNG Gebäudeunterhalt wird auf 0,9 % festgelegt

Ja: 26 / Nein: 10 / Enthaltungen: 1

ABSTIMMUNG Verzicht Content Management System (-80 000)

Einstimmig

ABSTIMMUNG Verzicht Flatscreen Eingangsbereich Verwaltung (-15 000)

Grossmehrheitlich

ABSTIMMUNG Keine Gewährung Lohntsteuerung (-200 000)

Grossmehrheitlich

ABSTIMMUNG Anpassung Budget Pflegebeiträge (-100 000)

Grossmehrheitlich

– Reduktion Kulturfonds (-60 000)

SP: Philippe Spitz liegt der Kulturfonds am Herzen. Ihm ist klar, dass gespart werden muss, doch will er hier keine Präjudiz für die nächsten Jahre schaffen. Er wird sich nächstes Jahr dafür einsetzen, dass der Fonds wieder gut geäufnet werden kann. Er wird sich der Stimme enthalten.

Markus Ziegler, FDP: Den Kulturfonds gibt es im neuen Rechnungslegungsmodell nicht mehr. Im Rahmen der Rechnungsprüfung hat die GRPK festgestellt, dass der Kulturfonds früher mit CHF 100 000 budgetiert war, im langjährigen Durchschnitt davon aber nur 40 000 Franken gebraucht wurden. Auch für das Budget 2014 hat der Gemeinderat wieder CHF 100 000 eingestellt. Die GRPK möchte hier einfach eine Anpassung an die Realität der Vergangenheit, es ist kein wirkliches Sparen.

ABSTIMMUNG Reduktion Kulturfonds (-60 000)

Grossmehrheitlich

– Reduktion Beitrag Zentrumsleistungen (-20 000)

Carole von Ins, parteilos (SP), fragt, was unter Zentrumsleistungen zu verstehen ist.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger: Bisher gab man der Vorortskonferenz einen gewissen Beitrag (20 000). Den Rest konnte man im Gemeinderat verabschieden und ging z.B. an den Zoo Basel und das Theater. Wenn der Einwohnerrat den Puls der Bevölkerung fühlen möchte, soll er den Beitrag auf CHF 40 000 herunter drücken. Dann wird es nächstes Jahr bestimmt keine Gratisbillets mehr für die Binninger geben.

ABSTIMMUNG Reduktion Beitrag Zentrumsleistungen (-20 000)

Grossmehrheitlich

ABSTIMMUNG Positive Unternehmenskultur halbieren (-50 000)

Grossmehrheitlich

- Streichung Jahresessen ER-Kommissionen (-5000)

FDP: Markus Ziegler hat als langjähriges Mitglied diverser ER-Kommissionen noch nie an einem solchen Essen teilgenommen. Hier wird suggeriert, dass sich die Kommissionen üppige Jahresessen zuschanzen. Wie kam dieser Betrag ins Budget?

SP: Simone Abt fragt, wie es bei den Behörden aussieht.

Gemeindepräsident Mike Keller: Der Gemeinderat wurde von Kommissionspräsidenten angefragt, ob es möglich wäre, dass sie mit den ständigen Kommissionen einmal jährlich essen gehen könnten. Diese Anregung wurde im August ins Budget aufgenommen. Für die GRPK und die BPK wurden je 2500 Franken eingestellt. Im Rahmen der Sparmassnahmen wurde dieser Betrag wieder gestrichen.

Simone Abt fragt nochmals, wie es konkret bei den Behörden – z.B. der Sozialhilfebehörde aussieht.

Gemeinderätin Barbara Jost: Die Sozialhilfebehörde war im 2013 tatsächlich zusammen essen, doch dies im Bewusstsein, dass es das letzte Mal ist. Deshalb taucht der Betrag nicht im Budget 2014 auf.

ABSTIMMUNG Streichung Jahresessen ER-Kommissionen (-5000)

Grossmehrheitlich

ABSTIMMUNG Streichung ER-Apéro Dez. 2014 (-1500)

Grossmehrheitlich

ABSTIMMUNG Ausflug Wahlbüro und Helfer (-1760)

Grossmehrheitlich

ABSTIMMUNG Streichung Jahresessen Gemeinderat (-1500)

Grossmehrheitlich

ABSTIMMUNG Streichung 4 I-Pads für Gebäudeunterhalt (-2200)

Grossmehrheitlich

ABSTIMMUNG Streichung Klimaanlage Dachstock (-9000)

Grossmehrheitlich

ABSTIMMUNG Unterhalt der Website (-9000)

Grossmehrheitlich

- Verzicht auf Bundesfeier (-24 000)

Gaida Löhr, SP, möchte nicht ganz auf die Bundesfeier verzichten. Für sie wäre eine Möglichkeit, auf das Feuerwerk zu verzichten und den Betrag zu halbieren.

Antrag: Streichung CHF 12 000

Jürg Humbel, FDP, schliesst sich der Vorrednerin an.

Thomas Hafner, CVP/GLP: Er fände es traurig, wenn dieser Anlass ausfallen würde, da viele Familien

gerne daran teilnehmen. Jede noch so kleine Gemeinde führt eine Bundesfeier durch. Sie darf gerne etwas günstiger sein, doch möchte er den Betrag nicht halbieren.

SP: Simone Abt empfindet die ganze Übung als traurig, nicht nur diesen Punkt. Andere Streichungen dieser Liste schmerzen sie noch mehr und sie plädiert dafür, die Bundesfeier wie alles andere zu behandeln.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger erklärt, dass die letzte Bundesfeier CHF 24 000 gekostet hat und dass mit 12 000 Franken das Feuerwerk nicht gespart ist. Er empfindet eine Bundesfeier ohne Feuerwerk als Witz und meint, die Einwohnerrät/innen würden den Puls der Leute im Dorf nicht spüren. Für ihn ist klar: Entweder es gibt eine Feier mit Feuerwerk oder es gibt gar keine Feier. Der Wirt des Restaurants Spiegelfeld hat bereits 50 bis 60 Anmeldungen für Nachtessen von Leuten, die wegen des Feuerwerks kommen. Wenn das Feuerwerk gestrichen wird, werden auch diese Reservationen annulliert.

Silvia Bräutigam, CVP/GLP, hat gehört, dass es auch schon 1. August-Feiern ohne Feuerwerk gab. Sie findet es auch schade, wenn es kein Feuerwerk gibt. Der ganze Betrag soll stehen bleiben.

Antrag: Keine Streichung der Bundesfeier

Carolle von Ins, fraktionslos (SP), staunt, dass es an der Bundesfeier ein Feuerwerk gibt, denn sie kennt das nicht von der Westschweiz.

Gaida Löhr, SP, macht darauf aufmerksam, dass es in Basel zwei sehr schöne Feuerwerke zu sehen gibt. In Binningen gab es jahrzehntelang ein grosses Feuer und die Leute kamen trotzdem.

FDP: Jürg Humbel ist für die Halbierung des Betrags, weil er überzeugt ist, dass der Rest mit Sponsoring aufgefangen werden kann.

ABSTIMMUNG Antrag S. Bräutigam: Keine Streichung der Bundesfeier vs. Antrag G. Löhr: Halbierung des Betrags (-12 000)

Keine Streichung: 24 / Halbierung: 11

ABSTIMMUNG Keine Streichung vs. Streichung der Bundesfeier (-24 000)

Keine Streichung: Grossmehrheitlich

ABSTIMMUNG Häckseldienst kostenpflichtig (selbsttragend) (-15 000)

Grossmehrheitlich

ABSTIMMUNG Sparfuchs einstellen (-20 000)

Grossmehrheitlich

Eduard Rietmann, CVP/GLP: Da die GRPK gegen den Verzicht auf „Binningen bewegt“ ist, muss jetzt ausgemehrt werden, ob dieser Punkt auch auf die Liste kommen soll.

Antrag: Keine Streichung von Binningen bewegt

Simone Abt, SP zur Streichung von Binningen bewegt: Sie bittet darum, diesen Betrag nicht zu streichen, da es sich um eine Gesundheitsförderungsmassnahme handelt und es eine Belebung des öffentlichen Raumes ist (Schlosspark).

Auch Philippe Spitz, SP, ist dafür, dieses Geld nicht zu streichen, denn es sind genau diese Sachen, die

Binningen lebenswert machen.

ABSTIMMUNG Verzicht auf Binningen bewegt (-10 000) vs. Antrag E. Rietmann: Keine Streichung
Verzicht: 16 / Keine Streichung: 20 / 1 Enthaltung

ABSTIMMUNG Verzicht Neujahrsapéro 2014 (-9000)
Grossmehrheitlich

Eduard Rietmann, CVP/GLP: Auch beim Punkt Beitrag Abfallpädagogik um 50 % reduzieren hat die GRPK eine unterschiedliche Meinung.

Antrag: Beitrag Abfallpädagogik um 50 % reduzieren (-10 000)

Gaida Löhr, SP, setzt sich für die Abfallpädagogik ein. Im Rat wurde bereits mehrmals diskutiert, was gegen Littering gemacht werden kann. Das Sinnvollste, das dagegen getan wird, ist das, was in den Schulen passiert. Dort wird mit den Jugendlichen intensiv am Thema gearbeitet. Diese Massnahme abschaffen und dafür wieder mehr Müll zusammenkehren, ist mehr als sinnlos.

Auch *Fraktionskollegin Simone Abt* bittet darum, diesen Posten im Budget zu belassen. Sie würde das ganze sogar noch um Erziehungsmassnahmen für Hundehalter erweitern...

CVP/GLP, Alexander Huber erzählt, dass er morgen seiner Tochter vier saubere Stücke Abfall in die Schule mitgeben muss, damit sie dann daraus Abfall bastelt, den er dann wieder im Abfall entsorgen muss. Er denkt, dass z.B. Abfall aufsammeln ein wesentlich sinnvollerer Beitrag wäre. Er möchte den Beitrag um 50 Prozent reduzieren.

Severin Brenneisen, SP: Der billigste Abfall ist derjenige, der gar nicht erst entsteht. Das erreicht man, indem an den Schulen darauf aufmerksam gemacht wird. Das Beste ist, bei den Kindern anzufangen.

Eduard Rietmann, CVP/GLP: Wenn schon geschult werden soll, dann doch bitte so, wie in Amerika, wo die Kinder den Abfall zusammenlesen müssen. Die 10 000 Franken könnte man in Getränke investieren, die nach der Arbeit gratis abgegeben werden. Seiner Ansicht nach bringt der pädagogische Unterricht nichts.

Beatrice Büschlen, Grüne/EVP: Abfallpädagogik heisst nicht nur, Abfall aufzulesen oder zu lernen, wie die Entstehung von Abfall verhindert wird. Es fällt unter anderem auch die Kompostierung darunter, die den Kindern bereits im Kindergarten nahe gebracht wird.

FDP: Sven Inäbnit hat nichts gegen die Sensibilisierung zum Thema Abfall. Aber er bezweifelt, dass es mit Sondermassnahmen gemacht werden muss, sondern denkt, dass diese Aufgabe in der Primarschule auch von den Lehrkräften übernommen werden kann. Andere Gemeinden, die keine Sonderpädagogik zum Abfall anbieten, versinken auch nicht im Littering. Er ist dafür, den Betrag zu halbieren.

Christoph Anliker, SVP: Eigentlich müssten 100 Prozent gestrichen werden, denn es liegt an den Eltern, den Kindern den Umgang mit Abfall beizubringen. Als er noch zur Schule ging, mussten die Schüler/innen regelmässigen den Pausenhof reinigen. Für Abfallpädagogik braucht es kein Geld.

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Vorhin hat der ER beim Strassenunterhalt einer Kürzung von 37.3 % zugestimmt. Beim Strassenunterhalt ist auch der Werkhof betroffen, der für die Abfallbeseitigung eingesetzt wird. Der Gemeinderat hat das Antragsrecht und wenn es jetzt darum ginge, mit diesen CHF 10 000 zu verfahren, wäre der Antrag, das Budget beim Strassenunterhalt um diesen Betrag zu erhöhen.

Gabriela Vetsch, SP, meint, dass es schön wäre, wenn die Kinder richtiges Abfallverhalten zuhause lernen würden, doch sei dem leider nicht so.

ABSTIMMUNG Beitrag Abfallpädagogik um 50 % reduzieren (-10 000)

Ja: 23 / Nein: 12 / Enthaltungen: 2

Auf Nachfrage des Präsidenten erklärt *Gemeinderat Urs-Peter Moos*, dass der Antrag des Gemeinderats obsolet ist, da der Rat dem Antrag des GR gemäss Zusatzbericht entsprochen hat.

– Erhöhung Einnahmen Ordnungsbussen Radar

Christoph Anliker, SVP, ist der Meinung, dass Einnahmen von Ordnungsbussen nicht budgetiert gehören. Das ist keine Sparmassnahme, auch kein Budgetantrag, sondern einfach eine Annahme, dass mit Parktätern und Schnellfahrern so viel eingenommen werden kann. Er empfindet es als Frechheit, diesen Posten ins Budget zu nehmen.

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Auch hier ist es die Pflicht des Gemeinderats, so zu budgetieren, da er anhand der vorliegenden Zahlen annehmen muss, dass die Einnahmen in etwa in dieser Höhe ausfallen werden. Es ist ja bekannt, dass im Bereich Radar und ruhender Verkehr jetzt so kontrolliert wird, wie es vom Leistungsauftrag vorgesehen ist. So entstehen die entsprechenden Einnahmen, die der Gemeinderat mit dem Budget abbildet. Es besteht keinerlei Vorgabe des GR, entsprechende Busseneinnahmen zu generieren.

FDP: Jürg Humbel kann mit dieser Budgetierung leben. Andererseits könnte man zwei Polizisten entlassen und keine Bussen mehr verteilen. Das ergäbe ein Nullsummenspiel. Aber man kann nicht auf der einen Seite das Honorar haben und auf der anderen Seite keinen Ertrag.

Markus Ziegler, FDP, kann Christoph Anlikers Überlegungen nachvollziehen: Eigentlich ist das Ziel einer Busse, dass es keine Übertretung gibt – darum sollte man keine Bussen budgetieren. Trotzdem macht es für ihn Sinn, dass man sich auf Erfahrungswerte abstützt und den Betrag budgetiert. Was Markus Ziegler stutzig macht, ist, dass der Gemeinderat nun mit 50 000 Franken mehr kommt. Das ist keine Sparmassnahme, man hat wohl falsch budgetiert.

Eduard Rietmann, CVP/GLP: Es ist fraglos ein komischer Posten. Dem Gemeinderat ist allerdings zugute zu halten, dass er auf Druck der GRPK auch die Einnahmenseite nochmals angeschaut hat. Eduard Rietmann unterstellt dem GR nicht, dass er jetzt die Bussenverteilung intensiviert, um mehr Einnahmen zu generieren. Diesem Posten kann zugestimmt werden, auch wenn er eigentlich auf die Einnahmen- und nicht auf die Sparsseite gehört.

Grüne/EVP: Beatrice Büschlen kann bestätigen, dass mehr Bussengelder eingenommen werden. Sie sieht zu jeder Tag- und Nachtzeit die „Dunklen Herren“ rund ums und im Postgebäudeparkhaus. Das freut die Rednerin, denn nun sind die Parkplätze in der Einstellhalle und vor dem Haus frei. Die CHF 50 000 haben allerdings nur so lange Gültigkeit, wie sich die Bevölkerung nicht belehren lässt.

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Wenn man die Beträge der letzten Jahre vergleicht, sieht man, dass die Differenz wesentlich höher ist als die 50 000 Franken. Im Dezember lag die Auswertung der Erfahrungswerte eines halben Jahres vor. Das ist der Grund, warum der Betrag im Vergleich zum Budget vom September 2013 angepasst wurde, nicht Druck von aussen.

Fakt ist auch, dass es nicht nur um Bussen geht. Der Einwohnerrat verabschiedete eine Parkraumbewirtschaftung. Mit 3,5 Millionen Steuergeldern wurde die Einstellhalle Schlosspark gebaut, die entspre-

chend bewirtschaftet werden muss. Wenn die Busseneinnahmen zurückgehen würden – was der Gemeinderat begrüssen würde – würde auch die Parkraumbewirtschaftung mehr beachtet und man hätte mehr Einnahmen über Parkuhren. Hier wird also ein vor Jahren gefällter Entscheid des Einwohnerrats konsequent umgesetzt.

ABSTIMMUNG Erhöhung Einnahmen Ordnungsbussen/Radar (-50 000)
Grossmehrheitlich

ABSTIMMUNG Streichung Jahresessen Primarschulrat (-1350)
Grossmehrheitlich

– Kürzung Entwicklungshilfe (-5000)

Eduard Rietmann, CVP/GLP: Hier und auch beim nächsten Punkt geht es wieder um einen Minderheitenantrag der GRPK, die beiden Posten zu streichen.

ABSTIMMUNG Kürzung Entwicklungshilfe (-5000)
Mehrheitlich

SP: Severin Brenneisen fragt zur Kürzung der Katastrophenhilfe, ob die Katastrophenhilfe auch Hilfe bei Überschwemmungen in der Schweiz, Hilfe in Nachbargemeinden etc. beinhaltet.

Gemeinderat Daniel Nyffenegger: Ja, da gehört alles dazu, es geht nicht nur ums Ausland.

Auf Nachfrage von *Markus Ziegler, FDP,* erklärt *Gemeindepräsident Mike Keller,* dass der Betrag halbiert werden soll.

ABSTIMMUNG Kürzung Katastrophenhilfe (-5000)
Nein: 20 / Ja: 17

ABSTIMMUNG Halbierung Kosten ER-Ausflug
Grossmehrheitlich

– Wechselflora nicht realisieren (-65 000)

Gemeinderat Urs-Peter Moos: Wenn der Einwohnerrat zusätzlich zur bereits beschlossenen Kürzung von einer halben Million weitere 65 000 Franken streicht, macht das bereits 42,1 % des Budgets der Abteilung VTU. Der Gemeinderat fragt sich, wie unter solchen Umständen weitergearbeitet werden soll und lehnt jede Verantwortung ab.

ABSTIMMUNG Wechselflora nicht realisieren (-65 000)
Grossmehrheitlich

Markus Ziegler, FDP, hat noch eine kurze, generelle Bemerkung zur eben geführten Debatte und der Liste: Er hat etwas gelernt über die Bundesfeiern in der Romandie, darüber, wie die Kinder über Abfall unterrichtet werden etc.... Die Posten, die diskutiert wurden, sind hingeworfene Häppchen; Dinge wie ein Feuerwerk, die öffentlichkeitswirksam sind. Substantiell ist das alles nicht sehr viel. Markus Ziegler findet es schade, dass man an diesem Punkt angelangt ist. Die Häppchen, die der Gemeinderat taktisch

geschickt hingeworfen hat, konnte man mitunter auch humoristisch verarbeiten. Die ganze Liste wurde nichtsdestotrotz seriös abgearbeitet und die teilweise wirklich kleinen Beträge gesprochen oder nicht.

SP: Simone Abt sieht das anders, denn das Ganze hat sie an die KAP-Massnahmen erinnert. Sie hat die Situation damals so goutiert, wie Markus Ziegler die heutige Debatte. Selbstverständlich ist es erbärmlich, wenn man sich die Liste anschaut. Simone Abt geht es nicht um die Frage Bundesfeier oder nicht, oder um die 10 000 Franken „Binningen bewegt“. Sie wiederholt Mike Kellers Frage: Wie wollen die Bürgerlichen mehrere Millionen aus diesem Budget streichen? Einfach so? Sie ist gespannt auf die Diskussion um die Steuerfusserhöhung.

Antrag *Parteilose*: Die Liegenschaften (Kernmattstrasse/Bottmingerstrasse 103) sollen im Finanzvermögen beibehalten werden.

Markus Ziegler, FDP: Wie bereits beim Eintreten erwähnt, trägt ein Liegenschaftsverkauf nicht zur Entlastung der Ausgabenseite bei. Die FDP-Fraktion stimmt dem Verkauf nicht zu. Dies nicht, weil sie grundsätzlich gegen den Verkauf ist, sondern weil sie denkt, dass dies im Kontext einer Gesamtsicht geschehen muss, wie sie der GRPK vom Gemeinderat versprochen wurde. Falls nötig, ist ein Verkauf jederzeit unterjährig möglich.

Eduard Rietmann, CVP/GLP: Wie gesagt ist der Verkauf kein Sparen. Auch wenn dem Verkauf zugestimmt werden sollte, heisst das noch nicht, dass die Gebäude tatsächlich für eine halbe Million verkauft werden. Je nachdem gibt es auch mehr Geld dafür. Wenn sich Eduard Rietmann richtig erinnert, liegt es in der Kompetenz des Gemeinderats bis zu einem Betrag von vier Millionen. (*Präsident Stefan Kaiser* korrigiert die Zahl: Es sind drei Millionen), Liegenschaften zu kaufen und zu verkaufen. Es spielt also keine Rolle, ob der Einwohnerrat dem Verkauf zustimmt oder nicht.

Roger Moll, parteilos: In der heutigen Zeit sollte man grundsätzlich keine Liegenschaft oder Land, das man besitzt, verkaufen. Die Parteilosen sind dagegen und monieren, dass keine Liegenschaftsabrechnung vorliegt. Man weiss nicht, wie es zu diesem Pauschalbetrag von 500 000 Franken kommt. Man hat, wie schon bei ihrem ersten Antrag, keine Detailinformationen für einen Entscheid. So, wie Roger Moll die von ihm besichtigten Liegenschaften einschätzt, könnten sie sanft saniert und damit Mehrertrag generiert werden. Sollte ein Verkauf trotzdem unumgänglich sein, würde die Gemeinde mehr dafür bekommen.

SP, Gaida Löhr: Ihre Fraktion will mit einem Nein bekräftigen, dass sie nicht mit der Absicht des Gemeinderats einverstanden ist, auch wenn dies in seiner Kompetenz liegt.

ABSTIMMUNG Kein Verkauf der Liegenschaften
Grossmehrheitlich

Stefan Kaiser fragt, wer während der Zeit, in der die Verwaltung die Anträge den beschlossenen Kürzungen anpasst, das Geschäft Winterhalde behandeln möchte.

ABSTIMMUNG
Nein: 19 / Ja: 16 / Enthaltungen: 2

Es folgt die Abstimmung über den revidierten Budgetantrag. Die ursprüngliche Variante war diejenige der GRPK vom 15.1.2014. Die heute beschlossenen abweichenden Beträge wurden nun in den Anträgen

verrechnet.

ABSTIMMUNG Antrag 4.1. Leistungsaufträge
Einstimmig angenommen

ABSTIMMUNG Antrag 4.2. Globalbudgets
Einstimmig angenommen

– Antrag 4.4. 49 % Steuerfuss der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer:

Gaida Löhr erinnert daran, dass sich die *SP* mit diesem Budget sehr schwer tun wird, wenn die Steuern nicht erhöht werden.

Grüne/EVP: Anand Jagtap schliesst sich *Gaida Löhrs* Votum an. Ohne Steuererhöhung wird seine Fraktion dem Budget nicht zustimmen.

CVP/GLP, Eduard Rietmann findet diese Haltung merkwürdig, da mehrmals dargelegt wurde, wie ohne Steuererhöhung mit diesem Budget operiert werden kann. Ausserdem gibt es die Aussage des Gemeinderats, dass er im Laufe des Jahres einiges vorlegen wird. Falls das Budget nicht angenommen wird – mit oder ohne Steuererhöhung – wird der normale Betrieb der Verwaltung nochmals um einen Monat hinausgeschoben. Ob es dann eine Änderung gibt, ist sehr fraglich. *Eduard Rietmann* denkt, dass es der falsche Ansatz ist, das Budget der Steuererhöhung wegen zurückzuweisen,.

Severin Brenneisen, SP: *Mike Keller* hat seriös, klar und anschaulich erklärt, dass es die 49 % Steuern braucht.

Markus Ziegler, FDP, ist etwas über den Erpressungsversuch der Linken befremdet. Die Gemeinde Binningen hat ein ausgabenseitiges Problem, kein einnahmeseitiges. Auf der Ausgabenseite ist leider substantiell nichts passiert. Die Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: 20 Prozent Ausgabensteigerung in den letzten vier Jahren.

Die FDP-Fraktion möchte zuerst eine Gesamtsicht inklusive Ausgabenseite und keine einseitige Steuererhöhung, die dieses Budget sanieren soll. Des Weiteren hat sie mehrmals dargelegt, dass Binningen in diesem Übergangsjahr problemlos mit den vorhandenen Mitteln wirtschaften kann. Ein Problem besteht dann, wenn man relativ lange kein Budget hat. Doch das sollen die Leute verantworten, die das Budget zurückweisen.

SP: Susanne Tribolet meint, dass 49 Prozent kein horrender Betrag ist. Was bedeuten die 3 % konkret? Sogenannte „Normalvierdiener“ müssten 150 bis 200 Franken mehr Gemeindesteuern bezahlen, besser Verdienende vielleicht CHF 400. Will man wirklich riskieren, nochmals eine Ehrenrunde zu machen?

Simone Abt, SP, befremdet ihrerseits, dass ihnen *Markus Ziegler* die Leviten lesen will. 1. Hat die *SP* das erste Budget nicht zurückgewiesen. 2. Die *SP* unterstützt den Gemeinderat, der 3 Prozentpunkte beantragt und sie sah bisher nicht – und vor allem nicht von FDP-Seite – wie namhafte Summen aus diesem Budget gestrichen werden sollen. Der einzige konstruktive Vorschlag kam von der *Grüne/EVP*. Diesem „Klotz“ auf *Herrn Moos* hat *Simone Abt* mit schlechtem Gewissen zugestimmt, hat wacker mitgespart. Alles andere waren erbärmliche, kleine Posten. Nun liest *Markus Ziegler* der *SP* und der *Grüne/EVP* die Leviten, weil sie sagen, dass das unverantwortlich sei.

Die *SP* beschliesst die Ablehnung des Budgets aus moralischem, gewissenhaftem, verantwortlichem Denken ab und nicht, weil sie irgendetwas sabotieren will.

SP: Philippe Spitz zitiert: „Wir müssen darauf achten, dass die Balance zwischen Einnahmen und Ausga-

ben nicht verloren geht.“ Und: „Man ist gegen eine einseitige Verbesserung der Gemeindefinanzen.“ Das sagte sein Vorredner von der Gegenseite. Der Hinweis bezieht sich auf § 41, Absatz 3 der Gemeindeordnung, der einen hohen Selbstfinanzierungsgrad vorsieht und der nicht umsonst einen Betrag von 10 Millionen nennt. Das ist die Höhe des Eigenkapitals, das die SP nicht anzapfen will.

Ein weiteres Zitat: *„Es darf nicht vergessen werden, dass die Steuerzahler beim Service public mitzureden haben. Man muss sich also immer fragen, was die Bewohnerinnen und Bewohner dieser Gemeinde erwarten.“* Das sagte der Gemeindepräsident im Dezember und dem ist nichts beizufügen.

SVP: Christoph Anliker erinnert an Aussagen der Gegenseite vom Dezember, die amerikanische Zustände heraufbeschworen, wenn das Budget nicht angenommen würde. Nun wollen genau diese Leute das Budget ablehnen. Christoph Anliker bittet darum, mit den Drohgebärden aufzuhören und zur Sache zurückzukommen.

Grüne/EVP: Peter Buess hat bei der Abstimmung ein persönliches Problem, weil er bei der Abstimmung die Augen schliessen muss. Er schätzt die Positionierung des Gemeindepräsidenten als sehr mutig und möchte nicht mitanschauen, wie Mike Keller die Unterstützung von den eigenen Leuten verweigert wird. Deshalb fragt Peter Buess, ob geheim abgestimmt werden kann. Vielleicht könnte auf diese Weise einigen Leuten der Gegenseite, die der Vernunft Raum geben möchten, der Gruppendruck genommen werden.

Markus Ziegler, FDP: Die Positionen sind gemacht. Es braucht eine Zweidrittelmehrheit. Anfänglich wollte die FDP das Budget auch zurückweisen, doch damit die Gemeinde weiter operieren kann, möchten sie es jetzt durchwinken.

Eduard Rietmann, CVP/GLP, zum Antrag von Peter Buess: Er weiss nicht, ob eine schriftliche Abstimmung von der Mehrheit überhaupt gewünscht ist. Das Reglement sieht geheime Abstimmungen bei Wahlen vor. Er weiss nicht sicher, wie es bei den Finanzen ist.

Präsident Stefan Kaiser schlägt vor, den Rat über das Vorgehen abstimmen zu lassen.

ABSTIMMUNG Schriftliche Abstimmung über Steuerfuss
Nein: 19 / Ja: 15 (es fehlen drei Stimmen)

ABSTIMMUNG Antrag 4.4. Steuerfuss 49 %
Nein: 19 / Ja: 17 / Enthaltungen: 1

ABSTIMMUNG Antrag 4.4. 2 % Ertragssteuersatz
Einstimmig angenommen

ABSTIMMUNG Antrag 4.4. 1.75 ‰ Kapitalsteuersatz
Einstimmig angenommen

ABSTIMMUNG Antrag 4.3. Positionen ausserhalb des Globalbudgets
Ja: 20 / Nein: 17

ABSTIMMUNG Antrag 4.5. Feuerwehr-Ersatzabgabe 3 ‰
Einstimmig angenommen

ABSTIMMUNG Antrag 4.6. Budget der Erfolgsrechnung 2014
Ja: 22 / Nein: 15

4.7. Kenntnisnahme Investitionsbudget

Stefan Kaiser erinnert daran, dass der Einwohnerrat im Dezember das Feuerwehrauto ausgeklammert hat. Die Investition ist aber noch im Budget, jedoch nicht erfolgswirksam, da die Abschreibung erst im Jahr 2015 wirksam wird. Der Gemeinderat wird mit einer Einzelvorlage in den Rat kommen.

ABSTIMMUNG Stellenetat 2014
Grossmehrheitlich

Vom Finanzplan 2015–2018 wird Kenntnis genommen.

SCHLUSSABSTIMMUNG (Zweidrittelsmehrheit notwendig, qualifiziertes Mehr 25 Stimmen)
Ja: 22 / Nein: 15

Gemeindepräsident Mike Keller: Was hier abgestimmt wurde, ist ein Schuss in den Ofen. Mit der Schlussabstimmung hat der Einwohnerrat alle anderen Punkte mehr oder weniger abgesegnet und es bleibt dem Gemeinderat nichts anderes übrig, als an der nächsten ER-Sitzung wieder das genau gleiche Budget vorzulegen.

Nach den Spielregeln des Kantons kann ein Budget zwei Mal zurückgewiesen werden. Danach übernimmt der Kanton die Ordnung auf der Gemeinde. Mike Keller bittet die Rät/innen, sich den Beschluss nochmals zu überlegen. So kann die Gemeinde nicht weitergeführt werden. Die Rückweisung blockiert die Gemeinde einen weiteren Monat. Aus diesem Grund macht der Gemeindepräsident Gebrauch vom Antragsrecht des Gemeinderates und stellt den Antrag um Rückkommen.

ABSTIMMUNG Antrag Rückkommen auf die Schlussabstimmung
Mehrheitlich

Gemeinderat Philippe Meerwein: Nach ein paar Stunden Budgetdiskussion hat man ein Nullsummenspiel erreicht. Man ist wieder auf Feld 1 und der Gemeinderat muss einen Monat lang genau gleich weitermachen, um dann am selben Punkt weiter zu diskutieren. Diese Pattsituation kann bereinigt werden, indem die Einwohnerrät/innen über ihren Schatten springen. Der Gemeinderat sagte schon lange, dass er das Paket schnüren werde und das wird noch viel mehr schmerzen als heute Abend. Dann geht es nicht mehr um Feuerwerk, sondern um das Eingemachte. Heute Abend war nur der Einstieg in eine ganz lange Debatte.

Philippe Meerwein bittet den Rat, die Verantwortung wahrzunehmen und die Gemeinde nicht weiter zu blockieren.

Severin Brenneisen: Die SP-Fraktion kann dem Budget nur zustimmen, wenn beim Steuerfuss ein Kompromiss zustande kommt. Falls das nicht möglich ist, stimmt die SP so ab wie vorher. Egal, ob man das Geiselhaft nennen will oder nicht. Von der FDP hat man x-mal gehört, sie würden einer Erhöhung zustimmen. Heute Abend hat sie dieses Versprechen nicht eingehalten. Die SP hat immer mitgetragen und mitgeholfen und ist der Meinung, dass es jetzt an der anderen Seite ist, auch eine Lösung für das Problem anzubieten.

Eduard Rietmann: Die CVP/GLP-Fraktion kann sich nur wiederholen: Sie versuchten aufzuzeigen, dass die Steuererhöhung nicht zwingend notwendig ist. Sie wäre wünschbar, aber nicht zwingend notwendig. Die Aussagen der SP sind reine Erpressung. Mike Keller und Philippe Meerwein haben es gesagt: Das Problem ist, dass – unabhängig vom Steuersatz – das Budget mit der Schlussabstimmung weitere vier Wochen blockiert wird.

Roger Moll, parteilos: Er hat einen Antrag für einen Kompromiss (2 %) bei der Steuererhöhung vorbereitet. Nach dem heutigen Beschluss bleiben vom Eigenkapital noch sechs Millionen Franken. Somit ist die Pflicht, die im Finanzplan eingehalten werden sollte, nicht erfüllt. Damit der Verlust beim Eigenkapital

nicht so hoch ausfällt, stellt er nun den Antrag auf eine Steuererhöhung von 2 Prozent.

Man weiss noch nicht, was HARMOS Binningen kosten wird. Man hat die Katze im Sack gekauft. Auch zur Modularen Kinderbetreuung hat der Rat grosszügigerweise Ja gesagt und die Ausführung mit allen baulichen Massnahmen, die dazu kamen, ist ein Rolls Royce. Weiter weiss man nicht, was HRM2 genau bedeutet und Roger Moll fragt, ob der Gemeinderat sich schon Gedanken darüber gemacht hat, was da auf die Gemeinde zukommt. Das alles sind Dinge, die heute schon für die Zukunft überlegt werden müssen, wenn man zu einer Steuererhöhung (auch von 2 %) Nein sagt.

Grüne/EVP: Peter Buess plädiert dafür, dem Budget nun zuzustimmen, da man sich nicht in einem Machtkampf befindet. Die Leute, die die Steuerfusserhöhung abgelehnt haben, übernehmen ein rechtes Stück Verantwortung. Das reicht eigentlich.

Markus Ziegler, FDP: Für ihn ist es der falsche Ansatz, zuerst zu drohen und dann einen Basar zu veranstalten. Die Argumente wurden auf den Tisch gelegt. Die FDP sieht keine Analyse und ist offen, über alle Optionen zu reden. Allerdings erst dann, wenn alle Optionen auf dem Tisch sind, nicht nur eine. Im Moment kann sie dem Budget nur so zustimmen, wie es ist.

Roger Moll, parteilos, hält an seinem Antrag auf Rückkommen fest, da sein Vorschlag ein Schritt zur Stabilisierung der Gemeinde, die ihm am Herzen liegt, ist.

ABSTIMMUNG Rückkommen Steuerfuss

Nein: 20 / Ja: 17

SCHLUSSABSTIMMUNG (Qualifiziertes Mehr 25 Stimmen)

Ja: 25 / Nein: 11 / Enthaltungen: 1

Gemeindepräsident Mike Keller bedankt sich beim Rat für die Annahme des Budgets.

BESCHLÜSSE

- ://: 2.1. Die Leistungsaufträge gemäss BEILAGE werden genehmigt.
2.2. Die Globalbudgets mit einem Nettoaufwand von insgesamt CHF 41 379 739 für folgende Produktgruppen werden genehmigt (Zahlen gerundet):

Einwohnerdienste, Aussenbeziehungen	CHF	2 303 223
Steuern	CHF	344 536
Gesundheit	CHF	6 515 654
Kultur, Freizeit, Sport	CHF	3 856 821
Bildung	CHF	15 368 826
Öffentliche Sicherheit	CHF	1 261 976
Soziale Dienste	CHF	7 551 039
Verkehr, Strassen	CHF	2 691 328
Versorgung	CHF	638 691
Raumplanung, Umwelt	CHF	847 645

2.3. Die Positionen ausserhalb der Globalbudgets mit einem Nettoertrag von insgesamt CHF 38 122 441 werden genehmigt.

2.4. Die Ansätze für die Gemeindesteuern werden wie folgt beschlossen:

- 46 % Steuerfuss der kantonalen Einkommens- und Vermögenssteuer
- 2 % Ertragssteuersatz

– 1.75 % Kapitalsteuersatz

2.5. Die Feuerwehr-Ersatzabgabe beträgt unverändert 3 % vom steuerbaren Einkommen gemäss § 5 des Feuerwehr-Reglements.

2.6. Das Budget der Erfolgsrechnung 2014 mit Aufwendungen von CHF 73 887 799, Einnahmen von CHF 70 630 501 und einem Aufwandüberschuss von CHF 3 257 298 wird genehmigt.

2.7. Das Investitionsbudget 2014 mit Ausgaben von CHF 9 569 000, Einnahmen von CHF 360 000 und Nettoinvestitionen von CHF 9 209 000 wird zur Kenntnis genommen.

2.8. Der Stellenetat für 2014 wird mit 11 502 Stellenprozent genehmigt.

Vom Finanzplan 2015–2018 wird Kenntnis genommen.

Traktandum 3

Nr. 33

Bewilligung einer Investitionsausgabe für Strassenbau und Abwasserleitungsbau an der Winterhalde

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird auf die nächste Sitzung vom 24. Februar 2014 verschoben.

Traktandum 4

Nr. 81

Interpellation R. Moll, parteilos: Margarethenstich

BESCHLUSS

://: Das Geschäft wird auf die nächste Sitzung vom 24. Februar 2014 verschoben.

Diversa

Anfrage Th. Hafner, CVP: Tor zu Binningen

Nr. 98

1. Wie geht es mit dem Zentrum Dorenbach (Hauptstrasse Binningen, Wohn- und Geschäftshaus, ehemals Migrosladen) weiter, nachdem der Quartierplan gemäss Website der Gemeinde Binningen seit dem 10. April 2013 rechtsgültig ist?

Gemeinderätin Mirjam Schmidli:

Das Baugesuch zur Sanierung des Zentrums Dorenbach wurde vom Bauinspektorat bewilligt. Die Bewilligung ist zwei Jahre lang gültig und kann, falls während dieser Zeit nicht gebaut wird, um ein weiteres Jahr verlängert werden. Es muss also innerhalb zwei, eventuell drei Jahren gebaut werden.

2. Wird der desolate Anblick an der Ortseinfahrt zu Binningen bald durch Realisation der Renovation und des Umbaus beendet?

Es kann zu dieser Frage keine Auskunft gegeben werden, weil von der Bauherrschaft kein Terminplan vorliegt.

3. Steht der Gemeinderat in Kontakt mit der Bauherrin?

Ja. Einerseits, weil noch Fragen bezüglich Beschriftung und Werbung offen sind, andererseits geht es noch um die Vorplatzgestaltung. Es liegt ein sehr schönes Projekt für die Vorplatzgestaltung vor, doch da die Parzelle dem Kanton gehört, sind Verhandlungen geplant. Der Gemeinderat hat bereits eine Delegation bestimmt, welche die Verhandlungen führen wird. Das ist allerdings erst der Fall, wenn mit der Sanierung begonnen wird.

Präsident Stefan Kaiser schliesst die Sitzung um 23.30 Uhr.

Die nächste Sitzung findet statt am Montag, 24. Februar 2014, 19.30 Uhr.